



ZuGleich

Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit

Handout zur Studie ZuGleich

Kontakt:

Prof. Dr. Andreas Zick (0521 106-2442; zick.ikg@uni-bielefeld.de)

MA Soz. Madlen Preuß (0521 106-3211; madlen.preuss@uni-bielefeld.de)

Projektbüro: Niklaas Bause (niklaas.bause@uni-bielefeld.de)

Wilhelm Berghan (wberghan@uni-bielefeld.de)

0172 1728852 und 0521 106-3152

Das Projekt *ZuGleich* – Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit

ZuGleich ist ein Projekt des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, gefördert von der *Stiftung Mercator*. Die Studie ist als Nachfolgeprojekt zur Untersuchung *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* (GMF; 2002 – 2011) angelegt und untersucht die Einstellungen, Meinungen, Gefühle und Vorstellungen der Bürger gegenüber einer Reihe von Gruppen in Deutschland. Sie bezieht sich dabei nicht nur auf ethnische Minderheiten, sondern nimmt weitere Gruppen in den Blick, die mit negativen Stereotypen konfrontiert und der Diskriminierung ausgesetzt sind. Das Projekt zielt auf die empirische Erfassung von ein- und ausschließenden Identitäten und auf die Bemessung von Gleichwertigkeit zwischen Gruppen in einer heterogenen Gesellschaft. Dabei knüpft die Studie an Befunde des Integrationsbarometers des *Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration* an und ergänzt sie um die Möglichkeit, sie in einen breiteren Kontext von Einschätzungen und Vorurteilen gegenüber Minderheiten in Deutschland einzuordnen. Auf diese Weise ordnet die Studie integrationsbezogene Einstellungen in den Rahmen grundsätzlich vorhandener (Vor-)Urteilsstrukturen ein.

Vier *Leitfragen* zielen auf förderliche wie hinderliche Einstellungen zur Integration:

- (1) *Wie willkommen sind MigrantInnen? Welche Vorstellungen darüber, wie MigrantInnen sich eingliedern sollen, haben die BürgerInnen? Wer soll sich wem anpassen?*
- (2) *Wie sehr beharrt dabei die Mehrheitsgesellschaft auf vermeintlichen Vorrechten oder glaubt angesichts von Migration, alte Ordnungen wieder herstellen zu müssen?*
- (3) *Was ist überhaupt wichtig, um ‚deutsch‘ zu sein? Welche Kriterien sind relevant?*
- (4) *Wie hängen Integrationsvorstellungen mit einer Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zusammen?*

Datengrundlage

- Telefonische Befragung von 2.006 repräsentativ ausgewählten Personen ab 18 Jahren von November 2013 bis Januar 2014 (Durchführung: Sozialwissenschaftliche Umfrageinstitut (SUZ), Duisburg)
- Daten von insgesamt: 1.069 Frauen (53,3 %), 937 Männern (46,7 %)
- Alter der Befragten: 18 – 94 Jahre; Altersdurchschnitt: 49 Jahre
- 276 Befragte mit Migrationshintergrund (MH), 115 mit doppelter Staatsbürgerschaft (22 Personen) oder einer anderen als die deutsche Staatsangehörigkeit (93 Personen)
- Für jede Aussage, die den Befragten vorgelegt wurde, stand eine 5-stufige Antwortskala zur Verfügung: (1) "stimme überhaupt nicht zu" bis (5) "stimme voll und ganz zu".

Leitfrage 1: Welche Integrationsvorstellungen haben die BürgerInnen?

Stereotype über Fremde, Menschen mit Migrationshintergrund, oder wie auch immer jene beschrieben werden, die ‚nicht einheimisch‘ sind, prägen das Zusammenleben von Gruppen in Deutschland. Doch welche grundsätzlichen Vorstellungen haben die BürgerInnen überhaupt von der Aufgabe einer Migrationsgesellschaft: Der Integration?

Drei Aspekte der Integrationsvorstellungen der BürgerInnen hat *ZuGleich* untersucht: (1) Wie willkommen sind ZuwandererInnen und Menschen mit Migrationshintergrund, die immer noch als „Neue“ wahrgenommen werden? (2) Wie kann das Zusammenleben so gestaltet werden, dass vermeintlich Andere ‚einheimisch‘ werden und dies zugelassen wird? (3) Wer soll sich eigentlich wem anpassen?

Willkommen in der neuen Heimat?

‚Willkommenskultur‘ und ‚Heimat‘ sind Schlagworte, die seit einigen Jahren die Offenheit für kulturelle Vielfalt ausdrücken und steuern sollen. Städte, Kommunen, Firmen arbeiten an Willkommenskulturen. Ziel ist dabei auch die Anwerbung und Förderung von Fachkompetenz.

Doch wie denken die BürgerInnen? Wie sehr spiegelt sich in ihren Einstellungen zu MigrantInnen und Personen mit Migrationshintergrund eine Willkommenskultur wider? Nehmen BürgerInnen die kulturelle Vielfalt als Vorteil wahr oder schreckt sie diese eher ab?

ZuGleich hat ein Instrument zur Messung der Einstellungen zu einer Willkommenskultur entwickelt. Es erfasst die persönliche Willkommenskultur als eine individuelle Überzeugung. Sie ist notwendig, um Handlungsbereitschaft zu erzeugen. Willkommenskultur erfasst: die Wertschätzung einer diversen Gesellschaft und die positive Akzeptanz und Anerkennung, dass MigrantInnen in Deutschland heimisch werden wollen und das ‚Zuhause‘ Deutschland für ethnische Minoritäten geöffnet wird.

Wesentliche Ergebnisse

Nahezu die Hälfte aller Befragten (47,2 %) freut sich über die zunehmende Vielfalt in der deutschen Gesellschaft. Deutschland als Heimat wird vor allem jenen gestattet, die ‚bereits hier sind‘ (54,7 %), während gegenüber MigrantInnen, die ‚noch kommen‘ werden, reserviertere Haltungen zu Tage kommen (35,9 %).

Jedem/r siebenten Deutschen (14,2 %) ist es allerdings auch grundsätzlich egal, wie MigrantInnen in Deutschland leben.

**Tab. 1.1: Willkommenskultur unter Deutschen ohne Migrationshintergrund (MH)
(Angaben in Prozent)**

Indikatoren	trifft nicht zu	trifft zu	Fallzahl
<i>Willkommenskultur</i>			
Eine stärkere Willkommenskultur für die Migranten in Deutschland würde mich freuen.	31,0	36,0	790
Es gefällt mir, dass sich so viele Migranten für Deutschland als neue Heimat entscheiden.	28,0	35,9	786
Ich freue mich darüber, wenn sich immer mehr Migranten in Deutschland zu Hause fühlen.	18,8	54,7	790
Ich freue mich, dass Deutschland noch vielfältiger und bunter wird.	24,8	47,2	793
<i>Involviertheit</i>			
Es ist mir egal, wie Migranten in Deutschland leben.	63,6	14,2	789

Anmerkung:

Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten der Zustimmung bzw. Ablehnung.

Die Befragtenzahl reduziert sich hier aufgrund der Verwendung des Fragebogen-Splits auf insgesamt 807 Personen, die als Deutsche ohne Migrationshintergrund identifiziert wurden.

Soziodemographische Unterschiede

Je höher der Bildungsgrad der Befragten, desto stärker und positiver fallen die Meinungen zur Willkommenskultur aus. Je älter die befragten Personen sind, desto ablehnender und verschlossener reagieren sie gegenüber Migranten. Die Geschlechtszugehörigkeit der Befragten spielt hingegen keine Rolle.

Integration oder Separation? – Akkulturationsorientierungen

BürgerInnen haben relativ klare Konzepte darüber, ob und wie sich Andere und sie selbst, wenn sie beispielsweise eingewandert sind, eine neue Kultur aneignen sollen. Die Forschung nennt solche Konzepte „Akkulturationsorientierungen“, die gewissermaßen als Filterschema bei der Begegnung mit MigrantInnen zu verstehen sind.

Aus zwei wesentlichen Fragekomplexen kann dieses Schema ermittelt werden: Sollen/ dürfen die anderen teilhaben, beziehungsweise wollen wir enge Kontakte und Beziehungen? Sollen/ dürfen die anderen ihre kulturellen Wurzeln beibehalten oder sollen sie sie besser aufgeben? Es geht also um die Akzeptanz von Teilhabe und Identität. Aus der Befürwortung oder Ablehnung lassen sich vier Konzepte (Akkulturationsvorstellungen der BürgerInnen) unterteilen: Integration (Teilhabe ja/ Kulturerhalt ja), Assimilation (Teilhabe ja/ Kulturerhalt nein), Separation (Teilhabe nein/ Kulturerhalt ja), Marginalisierung (Ablehnung von Teilhabe und Identität).

Wesentliche Ergebnisse

Die Wertschätzung der Teilhabe und Kulturerhalt (das Integrationskonzept) findet durchgehend mehr Zustimmung bei MigrantInnen/Deutschen mit MH. 83,1 % der Befragten halten eine gesellschaftliche Öffnung gegenüber MigrantInnen für wichtig, allerdings wird dies sehr viel seltener von der Gesamtgesellschaft gefordert (70,6 %). Mehr als die Hälfte schätzt den Kulturerhalt (59,6 %), doch nur jede/r Dritte traut dies auch der Gesamtgesellschaft zu (32,6 %). Anpassungsbemühungen werden von allen Befragten, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, eher von MigrantInnen verlangt.

Tab. 1.2: Akkulturationsorientierungen, Deutsche ohne MH und MigrantInnen/ Deutsche mit MH im Vergleich (Angaben in Prozent)

Indikatoren	Deutsche ohne MH		MigrantInnen/ Deutsche mit MH	
	stimme nicht zu	stimme zu	stimme nicht zu	stimme zu
<i>Teilhabe und Beziehung</i>				
Mir ist es wichtig, dass Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, vollständig an unserem Leben teilhaben.	3,2	83,1	/	/
Die Deutschen sollten Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, vollständig an ihrem Leben teilhaben lassen.	5,1	70,6	6,2	71,5
<i>Kulturerhalt</i>				
Ich finde es gut, wenn Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, ihre kulturellen Wurzeln beibehalten.	9,9	59,6	7,6	66,5
Die Mehrheit der Deutschen findet es gut, wenn Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, ihre kulturellen Wurzeln beibehalten.	28,9	32,6	25,4	39,9
<i>Anpassung</i>				
Die Migranten müssen sich mehr an die Deutschen anpassen.	15,2	52,9	13,6	55,4
Die Deutschen müssen sich mehr an die Migranten anpassen.	60,3	12,3	57,1	17,6

Anmerkung:

Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten der Zustimmung bzw. Ablehnung.

Die Befragtenzahl liegt hier bei insgesamt 2 006 Personen, von denen 391 einen Migrationshintergrund oder keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

Deutlich mehr als jede/r zweite Befragte (57,8 %) ist vom Konzept der Integration überzeugt und befürwortet damit sowohl die Teilhabe als auch den Identitätserhalt von EinwandererInnen. Rund 31,6 meinen jedoch auch, dass Assimilation, also die Aufgabe von Kultur, der richtige Weg ist. Immerhin rund 5,0 % meinen sogar, Separation oder Marginalisierung sei am angemessensten, sich aufeinander abzustimmen. (Tab. 1.3).

Tab. 1.3: Die Akkulturationsvorstellungen der deutschen Mehrheitsgesellschaft (Angaben in Prozent)

Mir ist es wichtig, dass Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, vollständig an unserem Leben teilhaben.	Ich finde es gut, wenn Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, ihre kulturellen Wurzeln beibehalten.	
	Ablehnung	Zustimmung
Ablehnung	<i>Marginalisation</i> 4,1 %	<i>Separation</i> 6,5 %
Zustimmung	<i>Assimilation</i> 31,6 %	<i>Integration</i> 57,8 %

Anmerkung:

Quelle: Eigene Darstellung

Die Befragtenzahl beläuft sich auf 1.615 Personen, die als Deutsche ohne Migrationshintergrund identifiziert wurden.

Wer soll sich wem anpassen?

Wesentlich ist auch die Frage, wer sich wem anpassen sollte. Integration ist keinesfalls als einseitige Anstrengung zu verstehen, sondern verlangt letztlich eine Anpassung aller Seiten, um Veränderungen erfolgreich meistern zu können. Wie aber denken die BürgerInnen?

Anpassungsbemühungen werden von den (ehemals) Eingewanderten verlangt; Deutsche ohne Migrationshintergrund wie Deutsche mit MH/ MigrantInnen sind sich hier sehr einig; mehr als die Hälfte sind für die Assimilationsrichtung. (Tab. 1.4) Für die gegenseitige Öffnung in Form der Annäherung beider Gruppen stimmen zwar mehr Befragte mit MH/ MigrantInnen als Deutsche zu, aber die Unterschiede bleiben eher gering. Mit Blick auf die Integrationsrichtung stehen diese Einstellungen also im Gegensatz zum Ideal der Integration.

Tab.1.4: Vorstellungen zur Anpassung, Deutsche ohne MH und MigrantInnen/ Deutsche mit MH im Vergleich (Angaben in Prozent)

	Deutsche ohne MH		MigrantInnen/ Deutsche mit MH	
	stimme nicht zu	stimme zu	stimme nicht zu	stimme zu
Die Migranten müssen sich mehr an die Deutschen anpassen.	Die Deutschen müssen sich mehr an die Migranten anpassen.			
stimme nicht zu	<i>Neutralität</i> 29,6 %	<i>Öffnung</i> 4,9 %	<i>Neutralität</i> 26,6 %	<i>Öffnung</i> 5,6 %
stimme zu	<i>Assimilation</i> 55,1 %	<i>Annäherung</i> 10,5 %	<i>Assimilation</i> 52,1 %	<i>Annäherung</i> 16,8 %

Quelle: Eigene Darstellung

Leitfrage 2: Vorrechte der Alteingesessenen?

Integration fördern heißt auch, hinderliche Einstellungen aufzugeben. Die Überzeugung, gewisse Vorrechte gegenüber ‚den Neuen‘ zu haben, können eine Integrationsbremse sein. Die scheinbare Vormachtstellung beziehungsweise Etabliertenvorrechte lassen sich in den unterschiedlichsten Alltagssituationen ausmachen; sei dies am Arbeitsplatz, im Freundes- und Familienkreis. Für *ZuGleich* wurde das Konzept der Etabliertenvorrechte erweitert und als allgemeine Grundhaltung im Umgang mit ‚Neuen‘ im vertrauten Umfeld gemessen, das heißt, frei von jedweder Assoziation mit MigrantInnen.

Wesentliche Ergebnisse

Jede/r dritte Befragte meint, die Bedürfnisbefriedigung der sogenannten Alteingesessenen hätte Vorrang (32,4%). Die (rechtliche) Benachteiligung der ‚Neuen‘ wird von mindestens jedem/r Sechsten befürwortet (keine Forderungen stellen: 19,8 %; Nachsehen haben: 16,8 %). Die gleichen Rechte für alle befürworten hingegen 85,6 % aller Befragten.

Tab. 1.5: Zustimmung und Ablehnung von Etabliertenvorrechten (Angaben in Prozent)

Wer irgendwo neu ist bzw. später hinzukommt, ...	stimme nicht zu	stimme zu	Fallzahl
... der sollte sich erstmal mit weniger zufrieden geben.	36,0	32,4	1 983
... dem sollte genauso viel zustehen wie allen anderen auch.	15,0	61,3	1 978
... der sollte die gleichen Rechte haben wie alle anderen auch.	5,2	85,6	2 001
... der sollte auf keinen Fall Forderungen stellen oder Ansprüche erheben.	48,5	19,8	1 974
... der sollte sich hinten anstellen, wenn es nicht für alle reicht.	57,8	16,8	1 976

Anmerkung:

Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten der Zustimmung bzw. Ablehnung.

Soziodemographische Unterschiede

Je älter die Befragten und je geringer deren Bildungsgrad, desto häufiger wird den Etabliertenvorrechten zugestimmt. Frauen enthalten den Neuhinzugekommen seltener spezifische Rechte oder Güter vor als Männer.

Allerdings sind die Überzeugungen der deutschen Mehrheitsgesellschaft äußerst ambivalent, wenn es um die Rechte geht. So plädieren beispielsweise 30,9 % der Deutschen ohne Migrationshintergrund für gleiche Rechte, verlangen jedoch gleichzeitigen Vorrang der Etablierten-Bedürfnisse. Auch hinsichtlich der Nutzung und Teilhabe von Gütern zeigt sich eine Ambi-

valenz: 18,0 % sind der Meinung, die ‚Neuen‘ hätten keinerlei Ansprüche zu stellen, lehnen jedoch zugleich eine Benachteiligung der ‚Neuen‘ ab. (Tab. 1.6)

Tab. 1.6: Die widersprüchliche Haltung der deutschen Mehrheitsgesellschaft; Kreuztabelle (Angaben in Prozent)

Wer irgendwo neu ist bzw. später hinzukommt, ...			
... der sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben.	... der sollte die gleichen Rechte haben wie alle anderen auch.		
	stimme nicht zu	stimme zu	unentschieden
stimme nicht zu	25,8	37,2	15,9
stimme zu	42,9	30,9	39,9
unentschieden	31,3	31,9	44,2
... der sollte auf keinen Fall Forderungen stellen oder Ansprüche erheben.	... dem sollte genauso viel zustehen wie allen anderen auch.		
	stimme nicht zu	stimme zu	unentschieden
stimme nicht zu	40,1	56,2	38,6
stimme zu	25,7	18,0	19,0
unentschieden	34,2	25,8	42,4

Anmerkung:

Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten der Zustimmung bzw. Ablehnung.

Es sind nur die Deutschen ohne Migrationshintergrund berücksichtigt, deren Zahl sich auf insgesamt 1 615

Appell zur Rückeroberung tradierter Werte

Migration und Integration sind Themen, die in der Wahrnehmung oft mit Bedrohungen und Gefahren einhergehen. Das ist eine zweite Bremse der Integration – neben der Reklamation von Etabliertenvorrechten. Selbst wenn die Bedrohungen meist ohne jede Substanz sind, reagieren BürgerInnen auf sie. Beschwerden und Empörung über die Rechte und Zugeständnisse gegenüber MigrantInnen und Deutschen mit Migrationshintergrund sind nicht selten in der Öffentlichkeit zu hören.

Einige politische Gruppierungen und BürgerInnen nutzen das und rufen zur Grenzziehung auf: Es reicht, wir sind schon viel zu weit gegangen, die Traditionen sind in Gefahr. Die Auseinandersetzungen um Moscheen und die Anerkennung des Islam als Teil der Kultur zeugt nicht nur von Ablehnung, sondern auch von dem Wunsch, alte Traditionen mindestens zu wahren, wenn nicht gar wiederherzustellen. Dieses Motiv wird in *ZuGleich* als „Rückeroberungs-Überzeugung“ zuverlässig gemessen.

Wesentliche Ergebnisse

Jede/r Vierte (26,0 %) ist der Meinung, MigrantInnen müssten auf ihre Plätze zurückgewiesen werden und mehr als ein Drittel der Deutschen ohne Migrationshintergrund (33,5%) fordert ein neues Selbstbewusstsein im Umgang mit ihnen. Rund 28,0 % befürchten, die deutsche Gesellschaft könnte zunehmend von MigrantInnen überrannt werden. Insgesamt 60,0 % der Deutschen ohne Migrationshintergrund möchten ihre Kultur wieder stärker im Vordergrund sehen.

Tab. 1.7: Zustimmung und Ablehnung des Rückeroberungsappells (Angaben in Prozent)

	stimme nicht zu	stimme zu	Fallzahl
Ich fände es gut, wenn unsere Traditionen zunehmend wiederbelebt würden.	12,6	61,4	792
Es ist wichtig, dass wir unsere Identität, Werte und Eigenschaften wieder stärker in den Mittelpunkt rücken.	14,4	59,9	801
Wir sollten in der Öffentlichkeit wieder sehr viel selbstbewusster gegenüber Migranten auftreten.	42,2	33,5	782
Wir sollten vor allem jüngere Migranten häufiger in ihre Schranken weisen.	46,3	26,1	775
Wir sollten stärker darauf achten, nicht von den Migranten überrannt zu werden.	50,1	28,0	793

Anmerkung:

Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten der Zustimmung bzw. Ablehnung.

Die Befragtenzahl reduziert sich hier aufgrund der Verwendung eines Fragebogen-Splits auf insgesamt 807 Personen, die als Deutsche ohne Migrationshintergrund identifiziert wurden.

Soziodemographische Unterschiede

Ältere Personen (ab 61 Jahren) stimmen dem Rückeroberungsappell signifikant häufiger zu als Jüngere. Je höher der Bildungsgrad der Befragten, desto seltener meinen die Befragten, dass ihre Werte und Traditionen wieder stärker in den Mittelpunkt gerückt werden müssen. Frauen sind signifikant häufiger von der Notwendigkeit einer Rückeroberung überzeugt als Männer.

Leitfrage 3: Was gehört dazu, dazu zu gehören?

Zugehörigkeit ist in der Regel durch Kriterien geregelt. *ZuGleich* hat die BürgerInnen gefragt: Was muss Ihrer Meinung nach erfüllt sei, um zur deutschen Gesellschaft dazuzugehören? Dabei wurden Kriterien abgefragt, die in öffentlichen Debatten thematisiert werden und nach formellen, kulturellen und emotionalen Kriterien fragen.

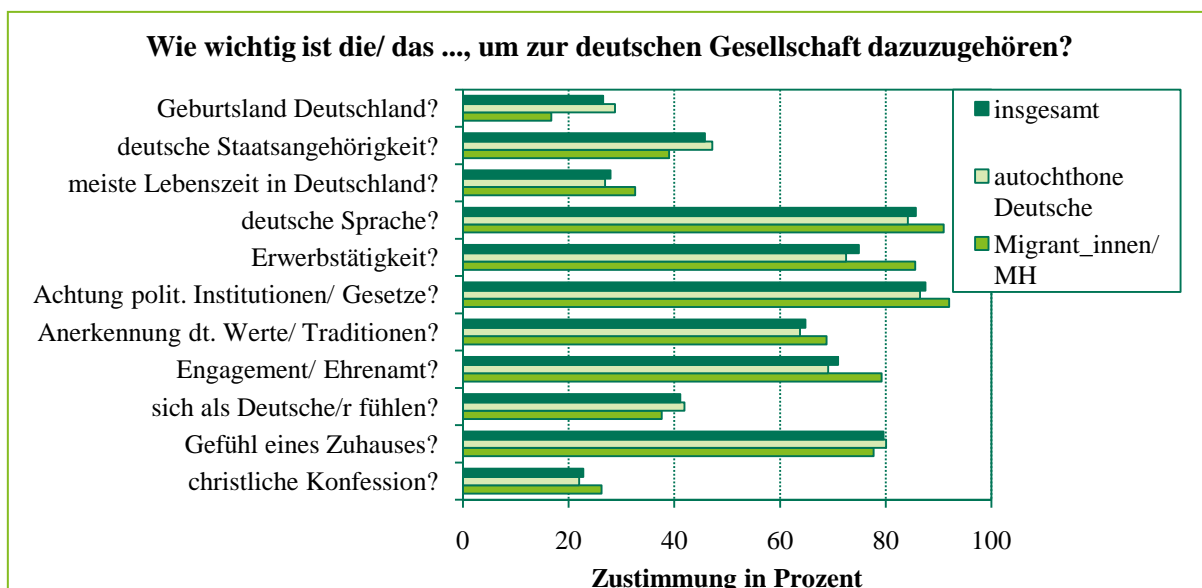
Wesentliche Ergebnisse

Die Beherrschung der deutschen Sprache wie die Achtung deutscher Politinstitutionen und Gesetze ist für 85,7 % aller Befragten am wichtigsten.

Deutsche ohne Migrationshintergrund stimmen der Bedeutung formaler und kategorischer Kriterien (deutsche Staatsangehörigkeit (47,2 %), Geburtsland Deutschland (28,8 %)) häufiger zu als MigrantInnen/Deutsche mit MH (39,0 % bzw. 16,7%). Eingewanderte halten hingegen eher graduelle Kriterien wie eine Erwerbstätigkeit (85,0 %) oder ehrenamtliches Engagement (79,2 %) im Vergleich zu Deutschen ohne Migrationshintergrund (72,5 % bzw. 69,1 %) für wichtiger. Relativ einig sind sich die Befragten in der Bedeutsamkeit, sich zu Hause zu fühlen (rund 79,0 %).

Allerdings fordern Deutsche ohne Migrationshintergrund etwas häufiger ein, sich auch als Deutsche/r zu fühlen, um zur deutschen Gesellschaft dazuzugehören (41,9%, MigrantInnen/Personen mit MH: 36,4%).

Abb. 1.1: Die Bedeutung verschiedener Kriterien für die deutsche Zugehörigkeit (in Prozent)



Anmerkung:

Quelle: Eigene Darstellung

Daten von 1.008 Personen, von denen 200 einen Migrationshintergrund oder keine deutsche Staatsangehörigkeit aufweisen.

Leitfrage 4: Wie hängen Integrationsvorstellungen mit einer Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zusammen?

Die Deutschen sind tolerant, so jedenfalls stellt sich das nach Fragen an die BürgerInnen zu ihrer Offenheit dar: 82,2 % der Deutschen ohne Migrationshintergrund bezeichnen sich selbst als tolerant. Zudem sind die Befragten nach Selbsteinschätzung „offen gegenüber Fremden“ (82,9 %), sie „akzeptieren jeden, wie sie/er ist“ (79,6 %) und sie „gehen auf jeden Menschen unvoreingenommen zu“ (72,5 %).

Und trotzdem ist die *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* nicht gering. Die Zustimmungen zu negativen und generalisierenden Aussagen über Sinti und Roma und AsylbewerberInnen, aber auch MuslimInnen halten sich hartnäckig. Beinahe jede/r fünfte Befragte (23,5%) unterstellt Sinti und Roma eine natürliche Kriminalität und AsylbewerberInnen, sie würden sich einen Aufenthaltsstatus erschleichen wollen (22,1%). Ähnlich hohe Zustimmungen finden sich in Aussagen zur Fremden- und Muslimfeindlichkeit, die eine deutliche Bedrohungswahrnehmung intendieren; bis zu 17,5 % empfinden die Zahl der MigrantInnen und MuslimInnen als schlichtweg zu hoch.

Diese Menschenfeindlichkeiten gegenüber ethnischen Minderheiten hängen signifikant auch mit der Ablehnung von Gruppen zusammen, die nicht zugewandert sind und aus anderen Gründen Diskriminierung erfahren: Personen, die Vorurteile gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund haben, lehnen gleichzeitig auch häufig andere Minderheiten in Deutschland ab, wie beispielsweise wohnungs- oder arbeitslose Gruppen. Trotz ihrer vermeintlichen Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft werden auch diese Personengruppen anhaltend abgewertet. So sind es in 2013/ 2014 beispielsweise noch immer 14,5 %, die die gleichgeschlechtliche Ehe grundsätzlich ablehnen, rund 40,0 % unterstellen (Langzeit-)Arbeitslosen reine Bequemlichkeit und Desinteresse an einer neuen Arbeitsstelle und beinahe jede/r Siebte fordert die Entfernung von Wohnungslosen aus den Stadtzentren. (vgl. auch Heitmeyer, 2002 - 2011, Deutsche Zustände)

**Tab. 1.9: Das Ausmaß der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, 2013/ 2014
(gewichtete Angaben in Prozent)**

Indikatoren	stimme nicht zu	stimme zu	Fall- zahl
<i>Rassismus</i>			
Es gibt eine natürliche Hierarchie zwischen weißen und schwarzen Völkern.	79,7	8,7	1 968
Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.	86,4	6,2	1 978
<i>Feindlichkeit gegenüber Migranten</i>			
Die in Deutschland lebenden Migranten sind eine Belastung für das soziale Netz.	54,2	16,5	1 600
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Migranten wieder in ihre Heimat schicken.	77,6	8,1	1 601
Es leben zu viele Migranten in Deutschland.	64,2	15,3	1 556
<i>Muslimfeindlichkeit</i>			
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	67,9	17,5	1 925
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	79,4	7,6	1 929
<i>Antisemitismus</i>			
Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.	77,9	8,5	1 895
Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen.	58,4	19,2	1 878
Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihrer Verfolgung mitschuldig.	85,0	4,8	1 904
<i>Abwertung von Sinti und Roma</i>			
In meiner Nachbarschaft sind mir Sinti und Roma genauso recht wie andere Menschen.	22,1	47,4	1 921
Sinti und Roma neigen zur Kriminalität.	45,7	23,1	1 809
<i>Abwertung von Asylbewerbern</i>			
Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein.	36,0	34,8	1 969
Die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland gar nicht verfolgt.	41,6	22,1	1 690
<i>Sexismus</i>			
Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei der Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.	83,8	6,4	1 991
Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.	76,2	8,8	1 995
<i>Heterosexuelles Vorurteil</i>			
Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwei Männern sollten erlaubt sein.	14,7	76,2	1 994
Homosexualität ist unmoralisch.	82,4	8,6	1 974
<i>Abwertung von Langzeitarbeitslosen</i>			
Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.	40,1	26,5	1 670
Wer nach längerer Arbeitslosigkeit keine Stelle findet, ist selbst schuld.	59,0	15,4	1 983
Ich finde es empörend, wenn sich die Langzeitarbeitslosen auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen.	35,9	40,4	1 976
<i>Abwertung von Obdachlosen</i>			
Die Obdachlosen in den Städten sind mir unangenehm.	48,0	19,6	1 959
Die meisten Obdachlosen sind arbeitsscheu.	66,8	10,4	1 909
Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.	61,3	15,6	1 977

Quelle: Eigene Darstellung

Soziodemographische Unterschiede

Der geschlechtsspezifische Einfluss auf die Ausprägungen der GMF-Elemente verliert erheblich an Relevanz. Einzig antisemitische, sexistische Einstellungen wie die Diskriminierung von Homosexuellen werden von Männern 'noch' signifikant häufiger als von Frauen geäußert.

Für nahezu alle Elemente muss festgehalten werden, dass, je älter die Personen sind, desto feindlicher und ablehnender stehen sie den verschiedenen Minderheiten gegenüber (v.a. betroffen: MuslimInnen, Frauen, Homosexuelle). Jüngere (unter 36 Jahre) werten hingegen insbesondere (Langzeit-) Arbeitslose ab. Der Bildungseffekt ist stark: Personen mit niedrigerem Bildungsgrad stimmen negativen Aussagen über die Gruppen signifikant stärker zu.

Im Zusammenhang mit den Vorstellungen zur Eingliederung, die oben berichtet wurden, sind Feindseligkeiten hochgradig problematisch, denn sie bremsen Integration. Mit Rückblick auf die Ergebnisse zu den Integrationsvorstellungen stellt sich die Frage, ob sie mit der Menschenfeindlichkeit zusammenhängen und wie gut sie die Feindseligkeit erklären, berücksichtigt man beispielsweise auch demographische Einflüsse.

Entsprechende (Regressions-)Analysen, die Stück für Stück den Einfluss der oben erfassten Konzepte berücksichtigen (Tab. 8.1), zeigen das folgende Muster:

Unter den demographischen Faktoren ist nur das Bildungsniveau von stärkerer Bedeutung für die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. (Modell 1)

Die allgemeinen Integrationsvorstellungen zeigen sich weitaus bedeutsamer als die Zugehörigkeit zu einer demographischen Gruppe. Der Bildungseffekt verschwindet nach Hereinnahme der Willkommenskultur und Befürwortung des Integrationskonzepts. Der negative Effekt der Willkommenskultur weist auf das enorme Potenzial zur Reduktion von GMF hin (Modell 2), während die Befürwortung des Integrationskonzeptes einen eher geringen Einfluss nimmt (Modell 3).

Die Einflusskraft der Willkommenskultur bleibt bestehen, bis der Appell zur Rückeroberung in die Analyse aufgenommen wird. (Modell 5) Sein Einfluss auf die Feindlichkeit gegenüber (ehemals) eingewanderten Gruppen fällt enorm hoch aus. Der Traditions- und Identitätserhalt scheint damit positive Grundstimmungen und ein Willkommen von MigrantInnen nahezu auszuhebeln.

Tab. 1.8: Die Erklärung der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit durch die Kulturen der Abwehr; lineare Regressionsanalyse

	Feindlichkeit gegenüber (ehemals) eingewanderten Gruppen					
	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6
Geschlecht	-.00 (.04)	.05 (.04)	.05 (.04)	.06 (.04)	.03 (.04)	-.01 (.04)
Alter	.11 (.00)	.08 (.00)	.08 (.00)	.06 (.00)	.05 (.00)	-.00 (.00)
Bildungsgrad	-.23 (.01)	-.07 (.02)	-.07 (.02)	-.06 (.01)	-.02 (.01)	-.06 (.02)
Erklärte Varianz (R ²)	7,2 %					
Willkommenskultur		-.67 (.02)	-.59 (.02)	-.54 (.02)	-.38 (.02)	
Erklärte Varianz (R ²)		50,4 %				
Befürw. Integration			-.15 (.03)	-.13 (.03)	-.12 (.03)	-.33 (.03)
Erklärte Varianz (R ²)			52,1 %			
Etabliertenvorrechte				.20 (.03)	.08 (.03)	.30 (.03)
Erklärte Varianz (R ²)				55,3 %		
Rückeroberung					.40 (.02)	
Erklärte Varianz (R ²)					65,3 %	
Kriterienkatalog						.30 (.04)
Erklärte Varianz (R ²)						44,7 %

Anmerkung:

Quelle: Eigene Darstellung

Die dargestellten Ergebnisse beziehen sich nur auf Deutsche ohne Migrationshintergrund, also Personen, welche die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, in Deutschland geboren sind, gleiches gilt für deren Eltern.

Im Modell 1 beläuft sich ihre Zahl auf insgesamt 1 615 Befragte. Aufgrund eines verwendeten Fragebogen-Splits sind in den Modellen 2 – 5 noch 807 Fälle, im 6. Modell 808 Fälle enthalten. Der Fragebogen-Split ist auch dafür verantwortlich, dass eine vollständige Analyse, die alle Prädiktoren enthält, nicht geleistet werden kann, da sich die Erfragung der Kriterien deutscher Zugehörigkeit nicht im selben Split befindet wie die übrigen Prädiktoren.

Angegeben sind die standardisierten Beta-Koeffizienten. Je höher ihr Wert, desto größer ist auch der Einfluss des jeweiligen Prädiktors auf die zu erklärende Variable. Die Werte in den Klammern sind die Standardfehler. Sie geben an, wie groß die durchschnittliche Abweichung der Daten vom Analysemodell ausfällt. Alle Zusammenhänge sind mit $p < .001$ signifikant.

Ein Zwischenfazit

„Ja, aber ...“ – so stellt sich in weiten Teilen die Reaktion der BürgerInnen dar, wenn es um die Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit verschiedener Gruppen geht, die den Prozess der Integration durchlaufen. Dabei nehmen die deutsche Mehrheitsgesellschaft wie Zugewanderte gleichermaßen an, dass letztere sich eher anpassen als erstere sich verändern müssen. Die Frage der Integration bleibt herausragend für die Gesellschaft, sie ist andauernd und immer wieder neu zu stellen, weil der Gesellschaftsvertrag sie nicht nur vorsieht, sondern ihre Beantwortung ebenso einfordert. Die Frage der Gestaltung von Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit ist keine rein politische oder gesetzliche Frage, vielmehr prägen Politik und Gesetze die Vorstellungen von BürgerInnen. In Deutschland ist die Kultur der Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit gewachsen, bleibt aber in vielen Bereichen ausbaufähig – und das lässt sich nicht allein gesetzlich regeln. Es existieren Konfliktfelder, die eine einfache Anerkennung von Zugehörigkeiten erschweren und die Zuschreibung von Gleichwertigkeit für verschiedene Gruppen sogar infrage stellen.

Dabei sind die Meinungen, Affekte und Haltungen zu den ‚Außenseitern‘ bei einem großen Teil der Befragten gar nicht so eindeutig pro oder contra, sondern vielmehr ambivalent. Dies mag darauf zurückzuführen sein, dass Zugehörigkeiten und Gleichwertigkeiten im Kontext der Integration eng mit der Vorstellung von Etabliertenvorrechten verknüpft sind, die wenigstens auf dem bisherigen Niveau gehalten oder eben auch zurückerobert werden „müssen“. Wenngleich die aktuellen Zahlen zu den verschiedenen Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eher moderat ausfallen: Es zeigt sich durch die Kommunikation über (implizitere) Umweg-Erfragungen, wie sie sich in Appellen zur Rückeroberung tradierter Rechte ausdrücken, mehr als deutlich, dass Deutsche ohne Migrationshintergrund viele negative Haltungen möglicherweise verlagert haben. Das erscheint banal, doch die Menschenfeindlichkeit ist ein Filter der Wahrnehmung. Solange die deutsche Mehrheitsgesellschaft an ihre wie auch immer gestaltete Vormachtstellung glauben und die öffentliche Präsenz (ehemals) Eingewanderter eher als Okkupation denn als legitime Selbstverständlichkeit wahrnimmt, solange bleiben selbst sehr positive Haltungen mehr oder minder erfolglos.

Die Forschung, die hinter diesem Bericht liegt, kann einen ersten Fokus setzen für Diskussionen und die Frage nach den Möglichkeiten, Potenziale für einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt zu erkennen und zu heben. Die Daten zeigen, dass sich die BürgerInnen noch ein wenig mehr bewegen könnten. Das aber nur, wenn sie bereit sind, sich auch für die Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit aller Gesellschaftsmitglieder einzusetzen.